

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

21.2.1906 (No. 59)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 21. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Nr. 59.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1906.

Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelber frei.

Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Fabrikanten Rudolf Gütermann in Potosi-Argentina, Provinz Turin, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des königlich italienischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens zu erteilen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 10. Februar d. J. wurde dem Postassistenten Engelbert Braun in Bruchsal der Titel Telegraphensekretär verliehen.

Mit Entschliessung des Großh. Ministeriums des Innern vom 15. d. M. wurde Revident Josef Späth beim Landeskommissär in Konstanz zum Revisor ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Chemnitzer Reichstagsersatzwahl

wird von der sozialdemokratischen Presse als ein Erfolg nicht in Anspruch genommen. Zwar ist der sozialdemokratische Kandidat Redakteur Koske gewählt worden, aber die Sozialdemokratie hat trotz einer Wahlbeteiligung von nahezu 78 Proz. einen Rückgang um 2695 Stimmen erlitten, der um so höher zu veranschlagen ist, als die Zahl der Wahlberechtigten seit 1903 um etwa 4000 zugenommen hat, und dieser Zuwachs der Wahrscheinlichkeit nach in erster Linie der Sozialdemokratie zugute kommen mußte. Während das Mehr der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Stimmen im Jahre 1903 über 17 000 Stimmen betrug, ist es jetzt um über 5000 Stimmen auf etwa 12 000 vermindert. Der nationalliberal-konserverte Kartellkandidat hat diesmal 3000 Stimmen weniger erhalten als 1903; zählt man hierzu die etwa 2700 Stimmen, die der Sozialdemokrat weniger erzielt hat, so erhält man ungefähr das unerwartet hohe Plus, das die Stimmzahl des freisinnigen Kandidaten aufweist. Die innere Niederlage, die die Sozialdemokratie erlitten, stellt sich als um so gewichtiger heraus, als die Sozialdemokratie in Chemnitz eine äußerst rege Werbetätigkeit entfaltet und eine Reihe auswärtiger Redner, an ihrer Spitze Bebel, herangezogen hatte, wogegen es die Kompromissparteien an Eifer in der Agitation wohl etwas haben lassen. Die sozialdemokratische Presse stellt sich nun angesichts dieses Wahlergebnisses mit dem Trost ab, daß die Partei, was sie an äußerem Volumen verloren, an innerer Festigkeit gewonnen habe. So tröstet sich die „Leipziger Volkszeitung“, die den empfindlichen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen offen zugibt, schließlich damit, daß der Partei nur ein geringer Prozentsatz von Mitläufern abtrünnig geworden sei. Und auch der „Vorwärts“ schlägt nachträglich in dieselbe Kerbe, nachdem er anfänglich mit dem „Siege“ ganz zufrieden gewesen war. Der frühere Kandidat des Wahlkreises, Schippel, habe zweifellos eine große Zahl von Stimmen aus dem bürgerlichen Lager erhalten, und diese Gefolgschaft sei der Partei nun verloren gegangen. Eine Partei, wie die Sozialdemokratie, sei aber darauf angewiesen, ihre Anhänger zu zählen, und zwar die verlässlichen Anhänger. Eine Politik, welche nur unzuverlässige Mitläufer heranziehe, täusche die Partei über die eigene Stärke. Diese Argumentation erfreut sich des Reizes einer gewissen Neuheit. Das war doch sonst nicht so, daß man die Böde von den Schafen reinlich absonderte, sondern bisher hat sich die Sozialdemokratie ihre Wahlstimmen ohne alle Skrupel ausnahmslos auf das Konto geschrieben. Hiernach bedeutet das Chemnitzer Wahlergebnis, wie die Resultate sämtlicher früheren Ersatzwahlen für die Sozialdemokratie eine starke Enttäuschung, zumal ein solcher Rückschlag so wenig zu den renommierten Zukunftshoffnungen paßt, durch die die Partei die Massen zu hypnotisieren sucht. Die Mitläufer sind in der Tat ein zweifelhaftes Element der Wählerschaft, das dauernd an ihre Fäden zu fesseln und mit dem alten Parteibestand zu amalgamieren die Sozialdemokratie naturgemäß bestrebt sein muß, wenn sie Fortschritte machen will. Daß dies in Chemnitz nicht gelungen ist, führt ein dortiger Genosse in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ darauf zurück, daß die Straßendemon-

strationen in Chemnitz eine Anzahl kleinbürgerlicher Wähler und unsicherer Kantonsisten aus der Arbeiterschaft kopfscheu gemacht hätten. Mit dieser Wirkung der Straßendemonstrationen, die den wahren Charakter der Sozialdemokratie deutlich offenbart haben, kann man vom bürgerlichen Standpunkt aus jedenfalls nur zufrieden sein. Diesmal hat es zwar noch kein Mandat gefolgt, allein nicht überall sitzt die Sozialdemokratie in vorläufig so gesicherter Position wie in Chemnitz. Die dortige Wahl hat jedenfalls gezeigt, daß die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie eine größere Anzahl Mitläufer stutig gemacht und ins bürgerliche Lager zurückgeführt hat.

Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

SRK. Berlin, 20. Februar.

Die in einer Depesche der Agence Havas vollzogene Demaskierung der französischen „Bedingung“ in der Polizeifrage hat für aufmerksame Beobachter des Vorgehens der Franzosen in Marokko nichts Ueberraschendes. Es ist nur ein neues Auftauchen des alten Monopolanspruchs, der öffentlich immer verleugnet, als heimliches Leitmotiv aber um so zäher festgehalten wird. Die Formen wechseln, die Monopolabsicht bleibt. Sie versteckte sich unter dem Antrag auf ein französisch-spanisches Konferenzmandat für die Ausübung der Küstenpolizei; sie kehrt jetzt, nachdem dieser Antrag an der ablehnenden Haltung Deutschlands gescheitert war, in der Bedingung wieder, die den Sultan verpflichten soll, auch in den westlichen Häfen Marokkos lediglich französische oder spanische Offiziere zur Ausübung der Polizeigewalt zu verwenden. Die Zulassung von Spaniern hat dabei nur die Bedeutung einer captatio benevolentiae. Denn die Instruktionen für die spanischen Polizeichefs würden letzten Endes doch von Paris ausgestellt werden. Gegen alle übrigen Länder aber wirkt die französische Bedingung präklusiv. Ihre Angehörigen sollen von der Mitwirkung an den marokkanischen Polizeiaufgaben überhaupt ferngehalten werden. Den Vertretern dieser Länder auf der Konferenz wird also tatsächlich die Begründung eines zurzeit in Marokko nicht bestehenden Ausschließungsrechtes zugunsten Frankreichs angedungen, ohne daß gegen den Mißbrauch dieses Rechtes bisher hinreichende Bürgschaften erkennbar sind. Wie unumgänglich aber der Ausschließungsanspruch ist, würde sich bald zeigen, wenn einmal auf Grund internationaler Ermächtigung durch einen Konferenzbeschluß Frankreich in den bisher freien Häfen Marokkos seine Polizeichefs in Funktion treten lassen könnte.

* Algiras, 20. Febr. In der von Deutschland erteilten Antwort wird der Vorschlag Frankreichs, nach der die vom Sultan zugestandenen Offiziere Franzosen und Spanier sein sollen, abgelehnt. Deutschland erklärte, daß der Vorschlag Frankreichs dem Prinzip der Internationalisierung und Gleichberechtigung aller Mächte in Marokko zuwiderlaufe.

* Berlin, 20. Febr. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ bestätigt die Nachricht, daß das Mitglied des Reichskanzlerbüros, Geh. Oberfinanzrat v. Glaser, als technischer Beirat zur Teilnahme an den Erörterungen über die Frage der marokkanischen Staatsbank nach Algiras entsandt worden ist.

* Paris, 19. Febr. Wie der „Matin“ unter dem gestrigen Datum aus Marseille meldet, beschloß der Dampfer „Turki die Faktorei Mar Chica und legte einen Teil der Gebäude in Trümmer. Die Rebellen erwiderten das Feuer, ohne Schaden anzurichten.

* Wien, 20. Febr. In Beantwortung der Interpellation Kramarcz bezüglich der Marokkofrage erklärte der Ministerpräsident: Derzeit liege kein Anlaß zu einer Interpellation des Reiches vor, da die bekannten Allianzverträge zwischen der Monarchie und der Deutschen Reichsregierung vor. Eine nähere Erörterung der aus diesem Bundesverhältnis sich ergebenden gegenseitigen

Verpflichtungen sei umsoweniger angebracht, als kein Grund zu Befürchtungen vorliegt, daß aus der gegenwärtigen Lage zwischen den Ländern Europas Komplikationen entstehen könnten, die den Frieden, dessen Erhaltung allen Mächten gleichmäßig am Herzen liegt, ernstlich gefährden könnten. (Beifall.) Bezüglich Marokkos habe die Monarchie ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolgt und hält fest am Prinzip der Gleichberechtigung und der offenen Tür. Sie sei bestrebt, im Verein mit den anderen Staaten dieses Prinzip mit allen den Garantien für die Zukunft zu umgeben, die eine Schädigung unseres in jedem Jahre steigenden Exports hütanzustellen geeignet sind. In diesem Sinne sei die Instruktion an die Delegierten nach Algiras jaßt worden.

* London, 20. Febr. Unterhaus. Campbell-Bannerman erklärte bezüglich der Marokkopolitik, die Konferenzarbeiten in Algiras schreiten langsam aber zufriedenstellend fort. Die Beziehungen Englands zu Frankreich bleiben genau dieselben wie sie waren. Das britische Volk müsse immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß eine Verständigung mit Frankreich keine schätzbaren Absichten gegen eine andere Macht enthalte.

* London, 20. Febr. Oberhaus. Marquis of Ripon erklärte: Was die Konferenz von Algiras betrifft, so werden wir Frankreich unsere vollste Unterstützung zuteil werden lassen. Wir haben ohnehin einige gleiche Interessen in Marokko. Ich habe keinen Anlaß, an einem befriedigenden Ergebnis der Konferenz zu zweifeln.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

* Berlin, 19. Februar.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski (fortfahrend): Das Verfahren bei Festsetzung der Unfallrenten müsse sachlich verbessert, zeitlich aber wesentlich beschleunigt werden. Die Menschlichkeit mache auch die Gewährung eines Vorschusses empfehlenswert, wo zweifellos ein Unfall vorliegt, der die Erwerbsunfähigkeit herbeiführt. Tatsächlich kommen aber doch Simulationen vor. Gewisse zweifelhafte Elemente reizten die Arbeiter förmlich zur Geltendmachung unberechtigter Ansprüche an. Dem gegenüber ist die segensreiche Tätigkeit der Arbeiterssekretariate anzuerkennen, namentlich auch insoweit, als sie die Arbeiter von solchem Vorgehen abhält. Die Verfügung des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, betreffend die Benutzung der Eingänge und Ausgänge, erklärt sich aus dem tolosalen Verkehr dortselbst.

Abg. Giesbert (Zentr.) bekämpft die sozialdemokratischen Angriffe gegen das Zentrum und dessen Haltung in der Frage der Heinen Renten. Wünschenswert wäre eine mindestens einmalige jährliche Konferenz der Vorstände des Versicherungsvereins.

Abg. Mugdan (freis. Vp.): Die Schiedsgerichte sollten von den Landesversicherungsanstalten getrennt werden, und der Vorsitz den allerfähigsten Personen im Hauptamt übertragen werden. Die freie Wertzewahl ist möglich nicht nur im Interesse der Berufsgenossenschaften, sondern auch der Versicherten.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski Mtg: Wir beschäftigen uns ernstlich mit einer Reform des Krankenkassengesetzes. Vorgelegt sind uns die verschiedensten Wege. Ueber die Stellungnahme der Verbündeten Regierungen kann ich mich noch nicht äußern. Denn die Regierungen saßen noch keine bestimmten Beschlüsse und können dies erst tun, wenn ihnen ein ganz bestimmter Entwurf vorliegt.

Abg. Mollenhuth (Soz.) tritt Mugdan entgegen und bestreitet die Auffassung des Staatssekretärs, daß beim Vorliegen einer Beschädigung nicht immer ein Schaden des Arbeiters anzuerkennen sei. Der Schaden zeige sich bisweilen erst später. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird das Kapitel „Reichsversicherungsamt“ bewilligt, ebenso die Kapitel „Pflanzlich-technische Anhalt“ und „Kamalan“.

Bei Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherungen“ bespricht Abg. Dahlen (Zentr.) die Geschäftsführung der „New-Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaft“, welche die Gelder der Versicherten zu Spekulationen mißbraucht habe.

Abg. Baffermann (natl.) weist darauf hin, daß die Mißstände bei den amerikanischen Versicherungsgesellschaften im Geschäftsbereich des Aufsichtsamtes für Privatversicherungen ausführlich behandelt worden sind. Man solle sich nicht zu Maßnahmen hinreiß lassen, die die Amerikaner als Verärgerten auffassen müßten. Es genüge die Stellung einer Kommission seitens der Gesellschaft. Redner bittet um eine beruhigende Erklärung darüber, wie es mit der Sicherstellung der Versicherungssummen für deutsche Versicherungsnehmer seitens englischer Gesellschaften im Falle eines Krieges stehe.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski: Die „Mutual Life Insurance Company“ hat sich bereit erklärt, die nötige Prämienreserve in Deutschland zu hinterlegen. Mit der Cautiabel-Gesellschaft schweben noch Verhandlungen. Die New-Yorker ist ihren gesetzlichen Verpflichtungen bisher in vollem Umfang gerecht geworden. Die Frage bezüglich der englischen Gesellschaften ist eine äußerst schwierige, und nach meinem persönlichen, keineswegs abgeschlossenen und unanfechtbaren Urteil sind die englischen Gesellschaften im Kriegsfall berechtigt, die Prämien auszusahlen. Die Forderung scheint aber nicht flagbar zu sein. Die Frage ist übrigens eine rein akademische. Die englischen Gesellschaften haben Erklärungen abgegeben, daß sie im Falle eines Krieges nicht daran denken würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Wir sind jedenfalls berechtigt,

(Mit einer Landtagsbeilage.)

die Ansprüche unserer Versicherten durch die Forderung einer Kautions sicherzustellen.

Damit schließt die Debatte, das Kapitel und der Rest des Ordinardiums werden bewilligt. Nunmehr vertritt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung und Handelsvertrag mit Abyssinien. Schluß 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 20. Februar.

Präsident Graf Vallestrom eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Das Haus berät zunächst den deutsch-äthiopischen Freundschafts- und Handelsvertrag.

Abg. Pabig (natl.) spricht seine Freude aus, daß es der Regierung gelungen sei, wirtschaftliche Vorteile für Deutschland beim Wettbewerb in Abyssinien zu sichern und erkennt die Tätigkeit des Dr. Rosen an, der den Vertrag abschloß.

Das Haus nimmt in erster und sodann debattelos in zweiter Lesung den Vertrag an und beginnt die Beratung des Extraordinariums des Reichsamts des Innern.

Das Haus bewilligt debattelos eine Reihe Artikel des Extraordinariums.

Bei Artikel: „Unterstützungen an die Gesellschaft für deutsche Erziehung und Schulgeschichte“ gedenken die Abgg. Gickhoff und Schrader anerkennend der Verdienste des Dr. Rehrbach.

Der Deutsche Handelstag.

(Telegramme.)

Berlin, 19. Febr. Der Deutsche Handelstag wurde heute vormittag durch den Präsidenten Kämpf eröffnet. Hierauf hielt Graf Rosadowstsch die bereits gemeldete Rede. Nunmehr wurde in die Beratung des Reichshaushalts eingetreten. Hierzu liegt eine Erklärung vor, welche die Einführung von neuen Steuern als notwendig anerkennt, insbesondere die Erbschaftsteuer, weitere Ausbildung der Verbrauchssteuern auf unbedingte Genussmittel, Bier, Tabak, Tabakfabrikate einschließlich Zigaretten, ferner die Steuer auf Kraftfahrzeuge. Gegen die Steuer auf Personenzugarten soll kein Einspruch erhoben werden. Die Erklärung spricht sich gegen die Steuern auf Frachturkunden und Quittungen aus. Als Mittel zur Deckung des Reichsbedarfs empfiehlt die Erklärung die Branntweinsteuer. Nachdem Generalsekretär Soetbeer eingehend zu den Reichssteuerabgaben und der Erbschaftsteuer Stellung genommen hat, wurden die vom Medner behandelten Fälle der Aufsichtserklärung angenommen. Zur Biersteuer erklärte Kommerzienrat Michel Mainz, die Notwendigkeit zwingt dazu, das Bier heranzuziehen, während Reichardt Magdeburg entschieden dagegen eintrat und die Ablehnung der Brauereier abzielende Resolution gemeinsam mit anderen Herren befürwortete. In der folgenden namentlichen Abstimmung wurde der Antrag Reichardt mit 171 gegen 131 Stimmen angenommen.

Kürst Bülow über Industrie und Handel.

Berlin, 19. Febr. Aus Anlaß seiner diesjährigen Vollversammlung veranstaltete der Deutsche Handelstag ein Festmahl, an dem eine Anzahl Ehrengäste teilnahmen, unter ihnen der Reichskanzler Kürst Bülow. Den ersten Toast brachte Präsident Kämpf auf Kaiser und Reich aus. Gleich darauf erhob sich der Reichskanzler Kürst Bülow zu folgender Rede:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie so freundlich waren, mich zur Teilnahme an dem heutigen Festmahl des Deutschen Handelstages aufzufordern. In der Absicht, Ihrer Einladung Folge zu leisten, wurde ich noch befürcht, als ich unter den Bemerkungen Ihrer Tagesordnung den Entwurf der Erklärung las, der Deutsche Handelstag erkenne die Notwendigkeit an, durch Einführung neuer Steuern endlich Ordnung in unserm Haushalt zu schaffen, und spreche sich für die Aufbringung von Mitteln aus, um die im Interesse aller Volksträfte erforderliche Stärkung der Wehrkraft des Reiches zu See zu ermöglichen. Ich begrüße, daß Sie, die Vertreter unseres Handels und unserer Industrie, sich ohne partiellistische Bedenklichkeiten zu dem bekennen, was vor allem notwendig ist, wenn die bisherige im großen und ganzen so günstige materielle Entwicklung Deutschlands nicht in ihren Grundbedingungen unterbrochen werden soll. Wir haben oft gelesen und vielleicht auch schon selber gesagt oder gedacht: Der Bülow habe nur Sinn und Verständnis für agrarische Gesichtspunkte und Forderungen. Wenn ich so einseitig wäre, wie dieser Vorwurf, dann stände ich wohl jetzt nicht in Ihrer Mitte. Ein deutscher Reichskanzler ohne Verständnis für die Bedeutung von Handel und Industrie, das ist ein Unding. Und wenn er die Erkenntnis von der Unentbehrlichkeit dieser großen Wirtschaftszweige für unser nationales Gedeihen auf seinem Posten nicht mitbrächte, sie würde ihm in der Ausführung des Amtes anerkoren werden. Bei mir hat es dessen nicht bedurft. Und welcher Deutsche sollte nicht Freude darüber empfinden, daß das Haus der Trümmen, wie man ihn früher nannte, weltwirtschaftlich wieder geworden ist und seinen Namen nicht im Wettbewerb mit anderen älteren Handelsvölkern. Wer fühlt nicht, ich möchte sagen, den nationalen Herzschlag stärker, wenn er im Rheinland und Westfalen den Hochburgen unserer Eisenindustrie nähert, wenn ihm in den Berliner Elektrizitätswerken die Fortschritte unserer Technik vor Augen treten, wenn er im Hamburger Hafen, in dessen Nähe ich aufgewachsen bin, die Riesendampfer sieht, die den deutschen Handel über alle Meere tragen? Ich verleugne aber auch nicht, was ich im Kreise von Landwirten öfters ausgeführt habe. Ich scheue mich nicht, auch vor dieser Versammlung zu wiederholen: Ich betrachte allerdings die deutsche Landwirtschaft als das Sorgenkind des deutschen Reichskanzlers. Ich bin überzeugt, daß ihr Gedeihen auch den anderen großen Zweigen unseres Wirtschaftslebens großen Vorteil bringt, nicht zuletzt dem Handel. Ein neues Aufblühen unserer Bodenkultur wird auch dem Handel neue Triebkräfte geben und wenn es ihm vergönnt sein sollte, wie ich das aufrichtig hoffe, in Zukunft noch glücklicher als bisher in die Ferne zu schweifen, so möge er die Schwelger nicht beressen, die treu auf der heimatischen Scholle arbeiten und deren Arbeit wirtschaftlich und sozialpolitisch die Grundlage eines dauerhaften Aufschwunges und bleibender Blüte bildet, das Fundament des deutschen Staates. Ihr eigener Ruhmestitel wird dadurch nicht geschmälert. Einer meiner erprobtesten Mitarbeiter, der heute Ihre Versammlung begrüßte, hat kürzlich den vorzüglichen Eigenschaften des deutschen Arbeiters ein unumwundenes Zeugnis ausgestellt, das ich Wort für Wort unterschreibe. Ich werde bei Ihnen keinem Widerspruch begegnen, wenn ich anerkenne, welcher Schatz an gefundenen Kräften, an Intelligenz und Fleiß im werktätigen Volk Tag für Tag lebendig ist. Ich füge aber hinzu, und diese Ergänzung mache ich auch im Sinne des

Grafen Rosadowstsch, daß sich die in den Massen schlummernden Fähigkeiten nicht so fruchtbar entwickeln könnten ohne die Verdienste der deutschen Arbeitgeber. Aus vollem Herzen rufe ich: Der deutsche Handel und der deutsche Handelstag, sie leben hoch!

Nach dem Reichskanzler toastete der Präsident der Handelskammer Mainz, Michel, auf die Ehrengäste und besonders auf den Handelsminister Dr. Delbrück, auf dessen Wirken der deutsche Handel große Hoffnungen setze. Dr. Delbrück dankte. Es sei vorhin das Handelsprovisorium mit Amerika erwähnt worden. Er wisse, daß die Kritik hierüber nicht immer und aller Orten sehr gelinde gewesen sei, aber er möchte doch fragen: Lag es an der Regierung, wenn sie nichts habe ausrichten können? Weil unsere einheimischen Märkte einen erheblichen Teil der amerikanischen Produkte nicht entbehren können? So lange die Baumwolle nun in Amerika wächst, so lange ein großer Teil des Kupfers in Amerika produziert werde, werde unsere, wenn auch augenblicklich blühende Industrie auf den amerikanischen Markt angewiesen sein, Sorgen sie dafür, daß Baumwolle in unseren Kolonien wächst, sorgen Sie dafür, daß Kupfer in unseren Kolonien findet! Soweit meine Kenntnis reicht, sind die Kupferfunde in Südwesafrika keineswegs aussichtslos. Die Regierung kann Ihnen Eisenbahnen bauen, aber die Ausrage, ein Paar Millionen da hineinzufrieden, müssen Sie haben.

Kaufmannsschulen in Württemberg.

— Stuttgart, 19. Februar.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Gewerbe- und Handelsschulen, der die Neuorganisation des gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulwesens bezweckt, fand bei der ersten Beratung in der Abgeordnetenversammlung allgemeine Zustimmung in seinen Grundzügen: gesetzlicher Zwang zur Errichtung einer Gewerbeschule für jede Gemeinde mit einer Zahl von mindestens 40 gewerblichen Fortbildungsschülern; ganzjähriger Unterricht in drei aufsteigenden Jahreskursen mit unmittelbarem Anschluß an die Volksschule; Tagesunterricht in mindestens 280 Unterrichtsstunden; Einrichtung der Gewerbeschule als Berufsschule; Anstellung hauptamtlicher, besonders vorgebildeter Lehrkräfte (ohne Ausschluß nebenamtlicher). Die allseitige Zustimmung zu diesen Grundzügen des Entwurfs hatte nichts Ueberrassendes, nachdem schon früher eine eingehende Aussprache über die Richtlinien der Reform in der Kammer stattgefunden, und nachdem sich auch der Gewerbeverein, die Handwerks- und Handelstammern durchweg zustimmend ausgesprochen hatten.

Zunehmend hatte sich — außerhalb jener Organisationen, auf freien Handwerkerversammlungen — auch Opposition, namentlich gegen die Einführung des Tagesunterrichts, geregt und diese Stimmung unzufriedener Kleinmeister, die in erster Linie darauf sehen, daß ihnen durch die Gewerbeschule die Arbeitskraft des Lehrlings für zusammen etwa 40 Arbeitstage entzogen wird, fand nun ihr Echo merkwürdigerweise durch den Mund volksparteilicher, also „fortschrittlicher“ Abgeordneter. Von den Bedenken, die sie vorbrachten, dürfte ein gewisses Gewicht höchstens das haben, daß im Gefolge dieser Neuorganisation in den kleinen Gemeinden eine „Lehrlingsnot“ entstehen könnte; denn ein besorgter Vater werde künftig seinen Sohn nur noch an solchen Orten in die Lehre geben, wo eine Gewerbeschule bestehe. Dagegen ist zu sagen, einmal, daß auch Gemeinden mit weniger als 40 Schülern nicht gehindert sind, freiwillige Gewerbeschulen einzurichten, und daß diese freiwilligen Schulen vom Staat dieselben Begünstigungen genießen wie die Zwangsschulen. Die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit von Verbandschulen mehrerer Gemeinden mag in dieser Beziehung eine Erleichterung an die Hand geben, auch der in der Debatte ausgesprochene Gedanke, eine Art Wanderunterricht einzurichten, mag sich vielleicht da oder dort verwerten lassen. Im übrigen geht heutzutage der Zug der jungen Leute, ganz unabhängig von gesetzlichen Bestimmungen und Einrichtungen, ohnehin zu den größeren Orten und zu den Städten, und eine Gegenwirkung läßt sich nicht davon erhoffen, daß man das gewerbliche Schulwesen auch in den größeren Gemeinden möglichst auf dem Niveau der kleineren hält, sondern nur dadurch, daß die Ausbildung des Handwerkers im allgemeinen gehoben wird. Wenn dann auch die Meister, die sich in den kleinen Orten niederlassen, eine tüchtige Berufsbildung mitbringen, so wird diese ihre Tüchtigkeit ihnen viel eher einen Lehrling zuführen, als wenn der Lehrling nur deshalb bei ihnen eintritt, weil ihn nicht anderswo etwas Besseres lockt.

Eine Frage, von der man bei der ferneren Behandlung des Entwurfs allenfalls Schwierigkeiten befürchten könnte, ist die Einbeziehung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Gewerbeschule. Bis jetzt hat indes das Zentrum diesen seinen Wunsch in sehr gemäßigter Art geltend gemacht und die Frage wird umfomehr im Hintergrund bleiben, je mehr man mit dem Charakter der Gewerbeschule als Berufsschule Ernst macht. Sollte die Frage aber je größere Bedeutung gewinnen, so würde sich wohl eine Lösung finden lassen, die man angedeutet finden kann in der Bemerkung des Kultusministers, daß der Religionsunterricht nicht wohl als Pflichtfach aufgenommen werden könne. Würde dieser Unterricht hiernach als fakultatives Fach (in beschränktem Umfang selbstverständlich) zugelassen, so würde sich wohl bald die Erscheinung zeigen, daß der Anreiz, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen, nicht zu groß wäre. Denn die Zeit, die selbst die Herren vom Zentrum für den Religionsunterricht in der Gewerbeschule in Aussicht nehmen (eine halbe Stunde wöchentlich), ist zu kurz und die Gefahr bloßen Wiedererkennens des Religionsstoffes aus der Volksschule oder Christenlehre, überhaupt die Gefahr einer mehr nebensächlichen und unaufmerksamen Behandlung und Entgegennahme dieses halbständigen Unterrichts zu groß,

als daß diese Sache in der Praxis eine große Ausdehnung gewinnen könnte. Am besten freilich wäre es, jede prinzipiell trennende Frage bliebe diesem Schulgesetz überhaupt fern.

Einige Redner in der Kammer haben sich darüber ausgehalten, daß die künftigen württembergischen Gewerbelehrer an der Baugewerkschule in Karlsruhe und nicht in Stuttgart ausgebildet werden. Kultusminister Dr. von Weizsäcker sprach dagegen der Großh. Bad. Regierung den wärmsten Dank aus für das Württemberg in dieser Sache erzeigte Entgegenkommen, und wies darauf hin, wie oft schon auch in der Kammer der Gedanke ausgesprochen worden sei, die kleineren Bundesstaaten würden gut tun, eine Art Arbeitsteilung eintreten zu lassen, indem sie sich mit gewissen Bildungsangelegenheiten gegenseitig aushalfen, wie denn auch z. B. die badischen Tierärzte sich ihre Ausbildung vielfach an der Stuttgarter tierärztlichen Hochschule holen.

Die Unruhen in den Kolonien.

(Telegramme.)

Berlin, 20. Febr. Gouverneur v. Lindequift telegraphiert aus Windhof: Cornelius von Bethanien hat sich mit seinem ganzen Anhang bei Chamafis, nordwestlich von Verbeba, gestellt. Die einzige Bedingung ist Zuficherung von Leben, ausgenommen für die Mörder. — Mit Cornelius von Bethanien ist einer der bedeutendsten Gegner ausgeschieden. Cornelius befand sich von Juni bis September 1904 als Landeskundiger beim Stab des Obersten Deimling und nahm am Gefecht von Waterberg und an den anschließenden Verfolgungen teil. Krankheits halber wurde er in Epukiro entlassen. Anfang März 1905 tauchte er zum ersten Male als Führer der Nord-Bethanier auf und hat seitdem in unablässigen Streifzügen Kreuz und quer in den zerklüfteten Gebirgen Südwestafrikas unseren Truppen viel zu schaffen gemacht. Nach einer ihm beigebrachten Niederlage an der Arribansas-Pforte am 19. Januar wurde die Verfolgung bis in die letzten Tage durch verschiedene Abteilungen unermüdet fortgesetzt, so daß Cornelius die Weiterführung des Kampfes wohl für aussichtslos hielt.

Vom südwestafrikanischen Kriegsschauplatz wird heute ferner gemeldet: Am 14. wurde bei der Norecha-Schlacht unweit von Sandfontein eine Hottentottenbande zurückgeschlagen. Noch im Rückzug wurde sie dann von Leutnant Degenkolb unter wirksames Feuer genommen und löste sich später in einzelnen Trupps auf. Sie ließ eine Anzahl Gewehre und Reittiere zurück. Diesseits 5 Reiter tot, ein Arzt schwer verwundet, 2 Reiter leicht verletzt. Kundschafter berichten übereinstimmend, daß Morris westlich von Gobabis auf dem linken Dranjener steht. Größere Hottentottenbanden, bis zu 100 Reitern, durchstreifen die Gegend und beunruhigen die deutschen Viehposten. Oberst Dahme ist mit dem Hauptquartier am 16. in den Carrasbergen eingetroffen.

Dar-es-Salaam, 20. Febr. Die Zahl der Eingeborenen, die sich unterworfen haben, wird laut „Lof. Anz.“ auf mindestens 8000 geschätzt.

Aus Oesterreich-Ungarn.

(Telegramme.)

Budapest, 19. Febr. Ein Kommuniqué der Regierung hebt hervor, daß das Auflösungsdekret auf eine baldige Einberufung des Reichstages hinweist. Man könne die Auflösung des Reichstages daher nicht als den Beginn eines Absolutismus bezeichnen, da die Auflösung ein unzweifelhaftes Recht des Königs sei. Wir haben in unserem gestrigen Leitartikel darauf hingewiesen, daß, so lange die gesetzliche Frist zur Einberufung eines neuen Reichstages ohne Ausschreibung von Neuwahlen nicht verfließen ist, von „Absolutismus“ nicht gesprochen werden könne. (D. A.)

Budapest, 20. Febr. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht das Protokoll über die vom Sonderoberst Fabricius durchgeführte Kundmachung des königl. Handschreibens, bezüglich der Auflösung des Reichstages. Die Kundgebung geschah im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses in Gegenwart von 30—40 Abgeordneten. Das Protokoll ist von Oberst Fabricius und fünf Polizeieinspektoren unterfertigt, die an der Amtshandlung teilgenommen haben. Der königl. Kommissar hat bei der Kundgebung gleichzeitig erklärt, daß, falls versucht werden sollte trotz der rechtskräftigen Auflösung die für den 21. Februar anberaumte Sitzung abzuhalten, dies mit Waffengewalt verhindert würde.

Wien, 20. Febr. Das Abgeordnetenhaus begann die Debatte über die Interpellationsbeantwortung betreffend die ungarische Frage. Sämtliche Redner betonten, die gegenwärtige Lage dränge unausweichlich zur Neuregelung des Verhältnisses mit Ungarn. Die Trennung der Armee hätte die absolute Konsequenz, daß die ungarische Armee von Ungarn vollständig erhalten werde. Abg. Grabmayer kritisiert abfällig die Interpellationsbeantwortung und

wirft der Regierung Verzögerung vor, betreffend Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes. Abg. Groß erklärt, die deutsche Fortschrittspartei halte unentwegt an dem Dreibund fest, wozu eine starke Armee erforderlich sei.

Die englische Thronrede. (Telegramme.)

London, 19. Febr. In der Thronrede zur Eröffnung des Parlaments spricht der König zunächst sein Bedauern aus über den Tod des Königs von Dänemark. Die Beziehungen zu den fremden Mächten seien fortgesetzt freundschaftliche. Der König spricht seine Freude darüber aus, daß der russisch-japanische Krieg beendet ist. Die Thronrede erwähnt, daß mit dem Kaiser von Japan ein Uebereinkommen abgeschlossen worden ist, durch welches das Uebereinkommen vom Januar 1902 verlängert und weiter ausgedehnt wird. Weiter heißt es in der Rede: Eine von dem Sultan von Marokko einberufene Konferenz, welche über die Einführung von Reformen in Marokko beraten soll, ist in Algerien zusammengetreten und die Delegierten der Signatarmächte der Madrider Konvention von 1880 haben die Beratungen begonnen, die noch andauern. Es sei ernstlich zu hoffen, daß das Ergebnis der Verhandlungen zur Aufrechterhaltung des Friedens unter den Völkern führe. Dann erwähnt die Thronrede die auf friedlichem Wege erfolgte Auflösung der schwedisch-norwegischen Union und die Vesteigerung des norwegischen Thrones durch den Schwiegerjohn und die Tochter des Königs. Um eine verantwortliche Regierung in Transvaal zu schaffen, habe der König angeordnet, daß die neue Verfassung so schnell eingeführt werde, als es sich mit einer sorgfältigen Beratung der Angelegenheit vereinbaren lasse. Die Wahlen zu der ersten gesetzgebenden Versammlung, die im Juli erwartet wurden, seien infolgedessen um einige Monate verschoben worden. Die erlassenen Anordnungen, nach denen eine Zulassung von hinesischen Kulis nicht weiter gestattet sein soll, bleiben während dieser Zeit in Kraft. — Ebenso wird eine verantwortliche Regierung in der Oranje-Kolonie gebildet. Sodann lenkte der König die Aufmerksamkeit des Parlamentes auf die Vermehrung der Ausgaben des Staates während der letzten Jahre und die hauptsächlichsten Verbindlichkeiten desselben. Von den Ministern wurden Pläne erwogen zur Einführung von Verbesserungen und Erzielung von Ersparnissen in dem Regierungssystem Irlands durch die Einführung von Maßnahmen zur Beteiligung des Volkes an der Führung der irischen Angelegenheiten. Die Thronrede führt dann verschiedene Maßregeln für Großbritannien auf, darunter eine Untersuchung über die Mittel, durch die eine größere Anzahl der Bevölkerung auf das Land gezogen und ihm erhalten werden könnte. Ferner seien eine Abänderung des Schulgesetzes, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen und Maßnahmen betreffend die Gejeze über die Kaufahrtschiffahrt geplant.

London, 20. Febr. Im Verlaufe der sich an die Thronrede anschließenden Adreßdebatte sprach Ministerpräsident Campbell-Bannerman u. a. ausführlich über die Angelegenheiten Transvaals und führte aus, die britische Regierung strebe auf einen schließlichen Staatenbund in Südafrika hin, aber der Einrichtung einer verantwortlichen Regierung in Transvaal müssen Untersuchungen darüber vorausgehen, auf was für ein Wahlsystem ein solches Regierungssystem gegründet sein soll. Ueber die irischen Angelegenheiten äußerte sich Bannerman dahin, daß die Unionisten auf Grund des Vertrauens, welches sie durch ihre kürzlich getroffenen Maßnahmen dem irischen Volke zeigten, ein umfassenderes System für die Beteiligung des irischen Volkes an der Führung der irischen Angelegenheiten erst freudig begrüßen, als sich ihm widersetzen sollten. Die Aufhebung der Ausnahmegejeze gegen Irland sei ein Teil der Regierungspolitik. Dank der Energie Chamberlains sei die Zollfrage in eine neue Phase getreten und Chamberlain sei nicht der Führer der Opposition, sondern Führer der Führer der Opposition. (Weiter.) Bannerman richtete dann die spöttische Frage an Chamberlain, auf welche Weise die unionistische Partei unter den gegenwärtigen für sie so günstigen Umständen die Zollfrage als ihr erstes konstruktives Werk durchzuführen beabsichtige.

London, 19. Febr. Die „Liberale Vereinigung“ der Londoner City hat den unionistischen Freiwähler Gibson Bowles gewählt, um ihn als Gegenkandidaten gegen Wal-Four für die City aufzustellen.

Bur Lage in Rußland. (Telegramme.)

St. Petersburg, 20. Febr. Es bestätigt sich, daß Minister Timirjasew wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Kabinett in Fragen der allgemeinen Politik demissionierte.

Mosk., 20. Febr. Aus einem Arbeiterhaufen bei der Fabrik Aetna wurde auf Militär geschossen. Die Soldaten erwiderten das Feuer, zwei Soldaten und mehrere Arbeiter wurden schwer verwundet. Die verfolgten Angreifer zogen sich in ein Haus zurück. Die Truppen zogen Verstärkungen heran und umzingelten das Haus. Nach längerem Feuergefecht drangen die Truppen ein und verhafteten sie. Ein Revolutionär wurde getötet.

Tschita, 19. Febr. Der Gouverneur und der Wizegouverneur wurden von General Krenkowsky wegen Unfähigkeit von ihren Ämtern abgesetzt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen, die Verhafteten aber nach drei Tagen wieder freigelassen. In einem unbewohnten Hause wurden kürzlich 3000 Karabiner gefunden.

Großherzogtum Baden. Karlsruhe, 20. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn

von Babo und des Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrats Freiherrn von Marschall.

Nach der Frühstückstafel machten die Großherzoglichen Herrschaften eine Spazierfahrt.

Im Laufe des Nachmittags nahm Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Präsidenten Dr. Nicolai und des Legationsrats Dr. Seyb entgegen. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin wohnte abends halb 7 Uhr einem Vorspiel der Ausbildungsclassen im Konservatorium an.

(Das große Erdbeben in der Provinz Esmeralda in Ecuador) am 31. Januar 10 Uhr vormittags — 15 Uhr 20 Minuten Greenw.-Zeit ist durch die Seismographen in Durlach und Freiburg registriert worden. In Freiburg erfolgte der erste Einbruch von kleineren Schwingungen bereits um 14 Uhr 30 Minuten; um 15 Uhr 45 Minuten begannen dann die großen Bewegungen, welche bis 20 Uhr Greenw.-Zeit anhielten. Wie in Freiburg wurde auch in Durlach das Erdbeben durch die beiden Pendel angezeigt, und hier ihre Schwingungen durch die gerade anwesenden beiden Beobachter zu ihrem großen Erstaunen wahrgenommen. Auch hier ging die Bewegung bis 20 Uhr = 9 Uhr abends M.C.Z. Ein weiteres kleineres Herbeben folgte am 1. Februar morgens um 2 Uhr 45 Minuten Greenw.-Zeit, das ebenfalls in Freiburg und Durlach registriert wurde; doch könnte dies auch vielleicht als eine Wiederkehr der großen Erdbebenwellen nach ihrem Umlauf um die Erde gedeutet werden. Auch das Raibacher Beben am 5. d. M. ist in den Freiburg und Durlacher Seismogrammen deutlich zu erkennen.

(Zu der Schöffelgebeite), welche der Allgemeine deutsche Sprachverein in Verbindung mit dem Gesangverein „Niederhalle“ Sonntag den 4. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im großen Saal der Festhalle veranstaltet wird, ist für die dem Höretreibe des Volksbildungsvereins Angehörigen der Eintrittspreis auf den ermäßigten Betrag von 20 Pf. festgesetzt, zu welchem Eintrittstarif in der Geschäftsstelle des Volksbildungsvereins, Karl Friedrichstraße 14, bis zum 24. d. M. erhältlich sind. Vom 25. d. M. an werden die Karten nur in Lunds Buchhandlung abgegeben werden.

(Zimmerbrand.) Am Montag wurde die Feuerwehrgesellschaft alarmiert. 7 Uhr 25 Minuten wurde sie in die Schillerstraße Nr. 24 gerufen, hatte jedoch keine Gelegenheit mehr, einzutreffen. — Das zweite Mal wurde die Feuerwache 11 Uhr 39 Minuten durch den öffentlichen Feuermelder an der Pestalozzischule nach dem Staatsministerium gerufen, doch erwies es sich bei der Ankunft der Wache als blinder Alarm. Leute von der Feuerwache wollten bei ihrem Eintreffen einen Brandgeruch wie von verbrannten Lumpen herführend, wahrgenommen haben, und da das Kamin vom Staatsministerium rauchte, weil sich Dauerbrandöfen in demselben befinden, so scheint der unbefahrene Feuermelder einen Brandbruch vermutet zu haben.

Z.-B.f.M.u.H. (Schneebeobachtungen.) Der auf den Bergen liegende Schnee hat im Verlauf der verflohenen Woche nur geringe Veränderungen erfahren. Am Morgen des 17. Februar (Samstag) sind gemessen worden in Jurtwaagen 48, in Dürreim 18, in Stetten a. I. M. 24, in Heiligenberg 34, in Jollhaus 38, beim Feldberger Hof 180, in Titisee 37, in Wundorf 22, in Höchenschwand 19, in Bernau 43, in St. Märgen 59, in Imelbis 95, in Freienbrunnen 42, in Herrenweies 60, in Kaltenbrunn 62, in Tiefenbrunn 12, in Strattweim 2, in Strümpferbrunn 20 und in Wuden 5 cm. Die Meldungen aus Gersbach, Todmanberg und Heubronn sind nicht eingetroffen.

o.c. Offenburg, 19. Febr. Bei der unter Zugziehung der beiden vom Groß. Landesgewerbeamt gewählten Mitglieder des Eisenbahnrats stützten die Beratungen der vier badischen Handwerkskammern über die von der Groß. Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen ausgearbeitete Denkschrift über die Personenzugreform wurde einstimmig beschlossen, die beiden anwesenden Mitglieder des Eisenbahnrats zu ersuchen, dafür einzutreten, daß der für die dritte Klasse in den Personenzügen nach der Absicht der Groß. Generaldirektion zur Einführung gelangende Zweipersonenzugtarif auch für Schnellzüge Geltung erhalten soll mit der Maßgabe, daß die zwischen den Verwaltungen vereinbarten Sätze für die dritte Klasse und zwar in Zone I (bis 75 Kilometer) 25 Pf., für die Zone II (von 76—150 Kilometer) 50 Pf. und in Zone III (über 150 Kilometer) 1 M. erhoben werden sollen; ferner aber hierfür Vorhanden sein sollte, dahin zu wirken, daß der Satz für die dritte Klasse für Schnellzüge auf 3 Pf. per Kilometer ohne Zonenzuschläge festgesetzt wird.

o.c. Offenburg, 19. Febr. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl der Niederbiberen liegte die Liste des Zentrums mit 113 Stimmen Mehrheit (547 gegen 434) über die Liste der vereinigten Nationalliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Kiel, 20. Febr. Das Linienschiff „Preußen“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord ist um 12 Uhr hier eingelaufen.

Berlin, 20. Febr. Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der Zentralstelle für die Vorbereitung der Handelsverträge, des Bundes der Industriellen erließen eine Erklärung, worin sie dem Handelsprovisorium mit Amerika zustimmen und die Hoffnung aussprechen, daß es auch der Reichstag baldigst annehmen werde.

Lübeck, 20. Febr. Die Bürgerchaft nahm nach stürmischer Debatte mit großer Mehrheit das Gejez an, nach dem die Staatsbürgerrechte erst nach fünfjährigem Aufenthalt erworben werden können.

Gotha, 20. Febr. Seine Majestät König Friedrich August von Sachsen traf gestern zum Besuch des Herzogs Saxe-Coburg ein. Später begaben sich die Fürstlichkeiten zur Hofmessen. Die Abreise des Königs erfolgte abends.

Paris, 20. Febr. Präsident Fallières hat seinen Wohnsitz jetzt endgültig im Elisee genommen und hat gestern die Mehrzahl der Minister dort empfangen.

Rom, 20. Febr. Der Papst wird am Mittwoch ein Konsistorium zur Ernennung von 19 französischen Bischöfen abhalten.

Belgrad, 19. Febr. Der Gerichtshof hat den früheren Ministerpräsidenten Milan Gorgjević wegen Freisgabe von Staatsgeheimnissen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Staatsanwalt und Verteidiger haben sich vorbehalten, Berufung einzulegen.

Washington, 20. Febr. Gegen den Präsidenten der Republik Columbien ist am 10. Februar ein Worderbuch

gemacht worden. Als er im Wagen saß, wurden acht Schüsse auf ihn abgefeuert, von denen fünf den Wagen trafen. Der Präsident blieb unverletzt.

Washington, 20. Febr. Präsident Roosevelt hat gestern dem Kongreß einen Bericht über den beim Panamakanal zu wählenden Typus eines Wasserweges gestellt. Der Präsident tritt, ebenso wie der Kriegsssekretär Taft, der Chefsingenieur Steuens und die für den Kanalbau eingesezte Kommission es mit einer Ausnahme ebenfalls tut, für den Bau eines Schleusenkanals ein. Die Mehrzahl der beratenden Ingenieure, einschließlich der Vertreter aus dem Ausland, hat sich in dessen für den Bau eines Niveaumkanals ausgesprochen. Die Frage soll im Kongreß entschieden werden.

Tokio, 19. Febr. Prinz Arthur von Connaught ist heute hier eingetroffen und am Bahnhof von dem Kaiser empfangen worden. Er begab sich sodann in Begleitung des Kronprinzen nach dem Palaste.

Verschiedenes.

Hamburg, 20. Febr. Wegen Meuterei und tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte im Hafen von Tocopilla wurden vier Matrosen vom deutschen Wollschiff „Erato“ vom Kapitän dem deutschen Konsul überliefert, der sie nach Hamburg bringen ließ, wo die Meuterer verhaftet wurden.

Stuttgart, 19. Febr. Der langjährige frühere Vorstand der öffentlichen Bibliothek, Direktor v. Seyd, Ehrenmitglied zahlreicher ausländischer wissenschaftlicher Korporationen, ist 82 Jahre alt, gestorben.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 20. Februar 1906.

Barometrische Maxima bedecken heute das Innere Rußlands, sowie den Atlantischen Ozean westlich von Frankreich und zwischen beiden hindurch zieht sich eine Furche niedrigen Druckes von einem über der Nordsee gelegenen Minimum über Deutschland hinweg; hier ist das Barometer bei Temperaturen, die überall über dem Gefrierpunkt liegen, vorwiegend trüb und regnerisch. In Rußland herrscht strenge Kälte (Wina —12 Grad, Pines —14 Grad). Bewölkt und mildes Wetter mit Niederschlägen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 20. Februar 1906, früh.

Lugano heiter 0 Grad; Biarritz wolfig 8 Grad; Nizza wolfig 4 Grad; Triest bedeckt 5 Grad; Florenz Regen 7 Grad; Rom bedeckt 6 Grad; Cagliari wolfig 6 Grad; Brindisi wolkenlos 7 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. in mm	Feuchtigkeit in Grad.	Wind	Stapel
19. Nachts 9 ⁰⁰ U.	751.2	5.1	5.9	90	Stille	heiter
20. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	752.5	4.7	5.8	90	SW	bedeckt
20. Mittags 2 ⁰⁰ U.	754.2	6.5	4.1	57	W	„

Höchste Temperatur am 19. Februar: 8.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.0.

Niederschlagsmenge des 19. Februar: 0.6 mm.

Wasserstand des Rheins am 20. Februar, früh: Schusterinsel 1.10 m, gestiegen 9 cm; Kehl 1.88 m, gestiegen 4 cm; Magau 3.04 m, gefallen 2 cm; Mannheim 2.35 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



— nur so sieht ein Paket des echten „Kathreiner's Kneipp-Malz-Kaffee“ aus! — Darauf achte man beim Einkauf!

Todtmoos 841 m über Meer. Südbad Schwarzwald. Eisenbahnstation Wehr. Winterstation für Erholungsbedürftige und Sportliebhaber. Grosse Eisbahn. Gelegenheit zu Ski- und Schlittenfahren. Alle Etablissements offen. Auskunft und Prospekt unentgeltlich durch den Kurverein Todtmoos; E. V.

An die Aktionäre der Mannheim-Rheinauer Transport-Gesellschaft in Liquidation.

Auf Grund unserer Aufforderung vom 20. Januar ds. Js. sind die Aktien unserer Gesellschaft von den Aktionären zur Erhebung der festgesetzten Quoten in Aktien der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft und der Mannheimer Dampfschiffahrts-Gesellschaft bei den in der Aufforderung bezeichneten hiesigen Banken zum größten Teile eingereicht worden.

Ein Teil unserer Aktionäre hat die Einreichung noch nicht bewirkt.

Diese Aktionäre fordern wir hiermit auf, ihre Aktien zur Erhebung der Liquidationsrate unverzüglich bei den hiesigen Banken

**Rheinische Creditbank,
Süddeutsche Diskontogesellschaft A.-G.,
Commanditgesellschaft Weil & Benjamin,**

einzureichen.

Für die Einreichung setzen wir hiermit eine Frist, die am 31. März d. Js. abläuft.

Werden die Aktien innerhalb dieser Frist nicht eingereicht, so werden die darauf entfallenden Liquidationsraten in Aktien der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft und Mannheimer Dampfschiffahrts-Gesellschaft bei den Banken der Gesellschaft für Rechnung der Beteiligten hinterlegt werden.

Mannheim, den 15. Februar 1906.

Mannheim-Rheinauer Transport-Gesellschaft in Liquidation.

Baden-Baden. Im hiesigen Theater.

Donnerstag, 22. Februar 1906, abends 8 Uhr

Grosses humoristisches Karnevals-Konzert

der Kapelle des Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 aus Karlsruhe unter Leitung des Kgl. Musikdirektors Herrn Adolf Boettge.

Baden-Baden. Im Konversationshaus.

Samstag, 24. Februar 1906, abends 8 Uhr

Grosser Maskenball

in den festlich dekorierten und brillant beleuchteten Sälen des Konversationshauses

Zwölf Preise

worunter zwei Gruppenpreise von 150 Mk. und 100 Mk. in bar für originelle Gruppen von mindestens 3 Personen; ferner 5 Damen- und 5 Herrenpreise den schönsten und originellsten Damen- und Herren-Kostümen.

Zwei Ballorchester. Eintrittspreis 3 Mark.

Sonntag, 25. Februar, nachmittags 5 Uhr

Humoristisches Karnevals-Konzert

Montag, 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Kostümierte Tanz-Réunion

Dienstag, 27. Februar, nachmittags 3 Uhr

Kostümiertes Kinder-Fest

Das Städt. Kur-Komitee.

Berein für Volkshygiene

und Gesellschaft zur Bekämpfung des Krupfuschertums
(Ortsgruppen Karlsruhe).

Donnerstag den 22. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Rathhause

Vortrag

des Herrn Dr. Wagner, Frauenarzt in Karlsruhe,

über: „Den Krebs bei Frauen“.

Eintritt frei für jedermann. Auch die Damen sind freundlichst eingeladen.

Privat-Vorschule für Knaben u. Mädchen.

Beginn des neuen Schuljahres am 23. April 1906.

Anmeldungen jederzeit.

330.3.1

Dr. phil. S. Neubart, Voedstr. 13.

Kochlehrstelle - Gesuch.

Für meinen Sohn, aus achtbarer Familie, suche ich, wünschlich am hiesigen Platz, in Hotel I. Ranges eine Lehrstelle. Offerten unter P. 326 an die Exp. d. Zig.

Die Gesellschaft in Mannheim ist aufgelöst; die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden. Mannheim, den 19. Februar 1906. **Apparatebauanstalt Sanitas G. m. b. H.** in Liquidation. E. Kaufmann. P. 327.3.1

Handschuhe, Konzert- und Ball-Tücher
anerkant vorzügl. Qualitäten empfehlen
LUDWIG OEHL
Nachfolger
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstr. 112
P. 99.5.4

Lehrerin,
welche das höhere Lehrerinnenexamen gemacht hat und evangel. Religionsunterricht erteilen kann, zu befehlen. Gehalt nach Uebereinkunft.
Bewerbungen unter Beifügung von Lebenslauf und Zeugnissen sind bis **10. März d. J.** zu richten an den unterzeichneten Schulvorstand
Prof. Dr. R. Schneider.

Nächste Grosse Bad. Invaliden-Geld-Lotterie
Ziehung sicher 24. Februar
2928 Baargewinne ohne Abzug Mk. 44 000
1. Hauptgew. M. 20000
2. Hauptgew. M. 5000
2928 Zus. M. 19000
Los 1 M. Porto u. Liste 30 Pfg. versendet
General-Agent Strassburg i. E.
In Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstr. 11/15; E. Flüge.

Günstiger Gelegenheitskauf von Pianinos! Bayerische Flügel- und Pianinofabrik
mit Dampftrieb u. eigenem Sägewerk
Gegründet 1830 von **Wilhelm Arnold, Aischaffenburg.**
Lieferant von **Hans von Bülow, Fürstlichkeiten und kais. Anstalten** liefert **Bülow-Pianinos u. Flügel** in technisch und künstlerisch vollendeter Ausführung direkt an Private ohne Zwischenhändler zu **Privat-Ausnahmepreisen.**
Auch Teilzahlung ohne Erhöhung der Vorzugspreise. — Bei Vorzahlung höchster Rabatt — Freie Lieferung. — 14 Tage Probezeit. — **10 Jahre Garantie.** Laufende von Dankschreiben aus allen Kreisen. Illust. Katalog in Vorzugspr. sofort postfrei. Kurze Zeit gespielte Instrumente in allen Preislagen.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Öffentliche Zustellung einer Klage. P. 331.2.1. Nr. 4943. Heidelberg. Die Firma **Friedrich Engelhardt, Ges. m. b. H.** zu Nürnberg, Prozellbevollmächtigte: Rechtsanwältin Justizrat Frau und Merkel in Nürnberg, klagt gegen den **Waler Fritz Martin**, früher in Heidelberg, zuletzt in Friedrichsfeld, nun unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte seit 19. Oktober 1905 aus Entballagen und Warenlieferung die Beträge von 630 M. und 138.88 M. schulde, sowie, daß Beklagter zur Zeit der Entstehung der Schuld seinen Wohnsitz und geschäftliche Niederlassung in Heidelberg hatte, mit dem Antrage, den Beklagten durch für vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil zur Zahlung von 145.18 M. nebst 5 Proz. Zinsen seit 19. Oktober 1905 und zur Kostentragung zu verurteilen.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht zu Heidelberg auf
Dienstag den 10. April 1906, vormittags 9 Uhr,
II. Stod, Zimmer Nr. 18.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Heidelberg, den 17. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Mittelmann.**

Aufgebot.
P. 228. 2. Nr. 1533. Breisach. Auf Antrag des Schriftführers **Hermann Reichenberger** von hier wird hiermit das Aufgebot zum Zwecke der Todeserklärung des am 25. April 1850 zu Breisach geborenen und zuletzt daselbst wohnhaften **Edo Rudolf Grünfelder** erlassen.
Derselbe wanderte im Jahre 1881 nach der Schweiz aus und ist seit jener Zeit verschollen.
Aufgebotstermin wird bestimmt auf Freitag den 28. September 1906, vormittags 11 Uhr.
Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Breisach, den 10. Februar 1906.
Groß. Amtsgericht.
gez. **Geisler.**
Dies veröffentlicht:
Breisach, den 14. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: **Birkenmeier.**

Aufgebotstermin.
P. 333. Nr. 1254. Freiburg. Das Vermögen des **Buchbinders Paul Wenzel** hier betreffend.
Zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen ist Termin anberaumt auf

Aufgebotstermin.
P. 265.2. Nr. 1310 IX. Karlsruhe. Das Groß. Amtsgericht hier selbst erließ unterm 12. d. M. folgendes Aufgebot:
Die **Emma Elise Bolliger Witwe** geb. **Schillmecht** in Meerane hat beantragt, den verschollenen **Karl Friedrich Schillmecht**, zuletzt wohnhaft in Derendingen, Kanton Solothurn (Schweiz), für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Mittwoch den 17. Oktober 1906, vormittags 10 Uhr,** vor dem diesseitigen Gericht, **Mademiestraße 2 A, II. Stod, Zimmer Nr. 13,** anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 16. Februar 1906.
Thum,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Aufgebot.
P. 332.2.1. Nr. 4943. Offenburg. Der **Adolfenheitspfleger Josef Egg,** Waisenrat von Rittersburg, Gemeinde Marlen, hat beantragt, den verschollenen **Karl Ritter**, geboren am 19. April 1861 in Marlen, zuletzt wohnhaft dortselbst, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Donnerstag den 18. Oktober 1906, vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Offenburg, den 16. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **C. Keller.**

Besonderer Prüfungstermin.
P. 333. Nr. 1254. Freiburg. Das Vermögen des **Buchbinders Paul Wenzel** hier betreffend.
Zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen ist Termin anberaumt auf

Samstag den 3. März 1906, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgerichte hier, Zimmer 5. Freiburg, den 12. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **R. Frey.**

Konkursverfahren.
P. 335. Nr. 2743. Heberlingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Eugen Auer** in Heberlingen ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf **Samstag den 10. März 1906, vormittags 11 Uhr,** vor das Großherzogliche Amtsgericht Heberlingen, den 16. Februar 1906.
C. Beck,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Bermischte Bekanntmachungen.
Hilfsarztstelle.
An der hiesigen Anstalt ist sofort eine **Hilfsarztstelle** zu besetzen, welche mit einem Anfangsgehalt von 1800 M. jährlich nebst freier Station in der Anstalt verbunden ist.
Anmeldungen sind unter Vorlage des Approbationsheftes und Darstellung des Lebenslaufes an die unterzeichnete Direktion zu richten.
P. 343
Pforzheim, den 19. Februar 1906.
Direktion
der **Gr. Heil- u. Pflegeanstalt zu Pforzheim.**
Dr. Fischer, Geh. Medizinalrat.

Bergebung von Bauarbeiten.
Zum Neubau der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt auf dem **Auguiterberg** bei Grözingen sollen die **Gipser, Mauer- und ein Teil Schlofferarbeiten** (eiserne Fenster) im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.
P. 329.
Die Pläne und Bedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer, **Stefanienstraße 28, II. Stod, Seitengebäude,** hier zur Einsicht auf, daselbst sind auch die Angebotsformulare gegen Ertrag der Umdruckkosten zu erhalten.
Termin zur Eröffnung der Angebote wird auf **Samstag den 10. März 1906, vormittags 11 Uhr,** festgesetzt.
Bis dahin sind die Angebote verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bei uns einzureichen.
Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen.
Karlsruhe, den 17. Februar 1906.
Groß. Bezirksbauinspektion.

Arbeitsvergebung.
Für den Neubau eines Landesgefängnisses in Mannheim sollen die **Steinhauerarbeiten** (Sandstein und Granit) des Krankenhauses vom **Sodel** aufwärts, des **Direktorwohnhauses** und der **Beamtinnenwohnhäuser III, A und B,** in öffentlicher Verbindung vergeben werden. Bedingungen, Zeichnungen und Massenberechnungen liegen täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags auf dem **Baubureau, Niebelsstraße 17, III. Stod, auf.** Ebenda werden auch die Angebotsformulare gegen Erstattung der Umdruckkosten in bar (Briefmarken und Nachnahme ausgeschrieben) ausgehändigt.
P. 256.2
Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebot auf Steinhauerarbeiten zum Neubau des Landesgefängnisses in Mannheim“ versehen, bis zum **1. März 1906, vormittags 11 Uhr,** einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung der Angebote im Beisein etwa erschienenener Bieter statt.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Mannheim, den 14. Februar 1906.
Die Bauleitung:
Lucas,
Groß. Regierungsbaumeister.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Mit Gültigkeit vom 1. März l. Js. werden die Stationen **Bietigheim in Baden, Eubigheim und Malsch** in den sächsisch-schwedischen Verbandsfahrplan aufgenommen.
Karlsruhe, den 19. Februar 1906.
Groß. Generaldirektion.

Südwestdeutlich-Schweizerischer Güterverkehr.
Für Holz zur Herstellung von **Holzstoff und Holzgallstoff** (Papierholz) bei Aufgabe in Wagenladungen von 10 000 kg treten mit Wirkung vom 1. März l. J. folgende Frachtsätze in Kraft:
Von **Strinbach** nach **Unterbach** 97 Cents.
„ **Wolfsch** „ „ **100 Cents.**
„ **Karlsruhe**, den 20. Februar 1906.
Groß. Generaldirektion der Bad. Staats-Eisenbahnen.